

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

am zurückliegenden Wochenende mussten wir leider wieder erschreckende Bilder sehen. Bilder eines marodierenden Mobs in Hamburg, der unter dem Deckmantel der Demonstrations- und Meinungsäußerungsfreiheit gezielt die gewalttätige Auseinandersetzung mit der Polizei gesucht, Autos angezündet, Scheiben eingeschlagen und ganze Stadtviertel in Angst versetzt hat. Erschütternd ist dabei insbesondere die hohe kriminelle Energie und das Ausmaß und die Qualität der Gewalt – nicht zuletzt gegen Polizisten, die u.a. mit Zwillen und Feuerwerkskörpern beschossen wurden. Viele Polizeibeamtinnen und –beamte wurden verletzt - auch aus Rheinland-Pfalz. Ich hoffe sehr, dass Sie alle dennoch wohlbehalten nach Hause zurückgekehrt sind.

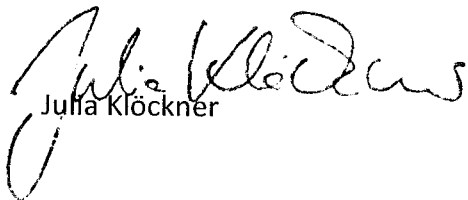
Die Ereignisse in Hamburg zeigen neuerlich, dass die Leidtragenden neben den Anwohnern und Geschädigten in aller erster Linie unsere Polizistinnen und Polizisten sind. Mir ist es deshalb wichtig, Ihnen den Rücken zu stärken und Ihnen herzlich für Ihren Einsatz zu danken – auch bei der Absicherung der Trauerfeierlichkeiten für Altbundeskanzler Helmut Kohl. Sie leisten unter schwierigsten Bedingungen einen Dienst für die Allgemeinheit, der unverzichtbar ist. Danke dafür.

Zugleich möchte ich deutlich machen, dass der Staat als Dienstherr die Verpflichtung hat, die Rahmenbedingungen für Ihre Arbeit so zu gestalten, dass Sie ihre Aufgaben zugleich effektiv und mit dem höchst möglichen Grad an Sicherheit für Sie persönlich erfüllen können. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören für mich zunächst die personelle und sachliche Ausstattung der Polizei auf der einen Seite, aber natürlich gerade auch die rechtlichen Grundlagen auf der anderen. D.h. es müssen die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen mit entsprechender Eingriffstiefe geschaffen werden. Dazu gehört insbesondere auch eine umgehende Verurteilung von Straftätern. Zugleich muss endlich mit einem eigenen Straftatbestand „Gewalt gegen Polizisten“ das klare Signal gegeben werden, dass der Staat Gewalt gegen diejenigen, die uns schützen, nicht toleriert. Ich bedauere sehr, dass entsprechende Gesetzgebungsvorstöße unionsgeführter Bundesländer bisher keine Mehrheit gefunden haben.

Wir wissen, dass die vielen Großlagen eine enorme Belastung für unsere Polizisten und ihre Familien darstellen. 1,8 Mio. Überstunden sprechen eine deutliche Sprache. Weitere Großlagen, etwa im Kontext der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt, stehen bevor. Entlastung wird hier dauerhaft nur möglich sein, wenn die Zahl der Polizeibeamtinnen und -beamten substantiell erhöht wird. Die gegenwärtig geplanten Neueinstellungen reichen gerade einmal aus, um die anstehenden Abgänge durch Pensionierungen auszugleichen. Der notwendige Aufwuchs wird dadurch nicht erreicht. Die CDU-Landtagsfraktion wird sich deshalb auch künftig dafür einsetzen, dass die Zahl der Neueinstellungen erhöht wird.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre



Julia Klöckner